

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1909)
Heft: 11-12

Artikel: Kampf für und wider den Frieden
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802816>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede.

Offizielles Vereins-Organ des Schweizerischen Friedensvereins.

Sprechsaal der Friedensfreunde des In- und Auslandes

enthaltend das

Bulletin des Internationalen Friedensbureau in Bern.

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2. — (für Mitglieder und Nichtmitglieder); im Weltpostverein portofrei Fr. 3. 60. Einzelne Exemplare à 10 Cts.
 Inserate per einspaltige Petitzeile 15 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats in einer Doppelnummer von 6–8 Seiten.
 Redaktion: Für das Zentralkomitee des Schweizerischen Friedensvereins, R. Geering-Christ, „Im Wiesengrund“, Bottmingermühle bei Basel.
 Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen nehmen die Haller'sche Buchdruckerei in Bern, sowie sämtliche Annoncenbureaux entgegen.

Inhalt: Motto. — Die Kanone (Gedicht). — Kampf für und wider den Frieden. — Das Urteil des Haager Schiedsgerichts in der Casablanca-Affäre. — Vom Militärmoloch. — „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens.“ — Kundgebungen der englisch. Friedensgesellschaften. — Definitive Tagesordnung des XVIII. Weltfriedenskongresses. — Schweizerischer Friedensverein. — Verschiedenes. — Reklame.

Motto.

Den Krieg nun bekriege
 Du neues Geschlecht,
 Und führe zum Siege
 Den Frieden durch Recht!

Die Kanone.

Von Ernst von Wildenbruch.

Seht ihr nicht die grosse Donnerbüchse
 Da drüben? — — Ja, ich seh's, ich seh's.
 Ha — wie es dasteht auf den plumpen Tatzen,
 Bis an den Bauch ins Erdreich eingewühlt,
 Das ganze Ding nur Bauch und Schlund und Maul,
 Ein Schwein, das Unrat schlingt, um Mord zu speien,
 Nichts Edles dran. Nein, das ist keine Waffe!
 Das ist nicht Kampf mehr! Kampf war Männer-
 Handwerk,
 Und Mut entschied — jetzt wird der Kampf gemein...
 Unflät'ger Stoff, du brüllende Maschine,
 Sprachrohr des Hasses, den die dumpfe Masse
 Dem ritterlichen Mann ins Antlitz wirft!
 Ich hasse dich! Aus allen Seelentiefen
 Verachte ich die Zeit, die dich gebar!
 Und soll ich sterben, nimm zum letzten Abschied
 Du meinen Fluch: Wachse, vermehre dich,
 Du Ungetüm, aus deinem schwarzen Schosse
 Krieche der Mord und eine Brut von Mördern!
 Das jüngste deiner Kinder stets das schrecklichste
 Und der Verschlinger seiner Vorderen.
 So stampe durch die Welt, bis dass im Menschen
 Die Zeugungskraft der Menschheit du zertreten,
 Die Leidenschaft! Bis nichts mehr übrig bleibt
 Als der anschläg'ge Kopf, der im Verborg'nen
 Gifte ersinnt, bis zum Welttyrannen,
 Zum grässlich seelenlosen, ausgewachsen,
 Und bis die Menschheit, heulend dir zu Füßen,
 Ihr eigenes Geschöpf zum Tod verflucht!

Kampf für und wider den Frieden.

Heisser denn je sehen wir gegenwärtig einen Kampf in unserer Kulturmenschheit entbrennen, den Kampf für und wider den Frieden. Zunächst handelt es sich dabei um etwas viel näher Liegendes als denjenigen Frieden, den wir Pazifisten erstrebend, einen dauernden Frieden, gestützt auf den Prinzipien der Solidarität der Nationen und der Schiedsgerichtsbarkeit. Sondern es ist ein Kampf der bewussten und auch der unbewussten Pazifisten für die Erhaltung des Friedens und gegen den Ausbruch eines ganz speziellen Krieges, der, wie man sagt, in der Luft liegt, gegenüber den Chauvinisten und Säbelrasslern, die diesen Krieg mit Lust riechen und dazu auch freudig hetzen und ihn schüren. Wir gestehen es ein, die Möglichkeit ist vorhanden, dass die Pazifisten in diesem Kampfe unterliegen werden; dann aber wird der Welt erst recht bewiesen sein, dass es mit dem „si vis pacem para bellum“ nichts ist, und dass vielmehr das ewige Fortrücken mit der unvermeidlichen grauenhaften Katastrophe endigen muss, und dann vielleicht wird um so näher sein der Sieg des Pazifismus, der Sieg eines Friedens auf der Basis des Rechts. Dr. H. Häberlin schliesst einen bemerkenswerten Artikel zum 18. Mai in der „Neuen Zürcher Zeitung“ in diesem Sinne mit den Worten: „Wie nahe oder ferne diese Zeit ist, bleibe dahingestellt. Gewiss werden die Kriegsvorbereitungen und möglicherweise auch noch vereinzelte Kriege unermessliche Opfer an Gut und Blut fordern. Aber diese Opfer sind nicht vergebens; sie werden jene zum Frieden zwingen, die nicht aus ethischen Gründen an eine friedliche Entwicklung glauben können.“

Sehen wir nun, wie der Kampf, von dem wir sprechen, heute geführt wird. In England sahen wir in den letzten Wochen so lächerliche Alarmartikel auftauchen, dass man glauben sollte, auch der dümmste Einfaltspinsel hätte aus diesen Verleumdungen erkennen müssen, dass es sich um dreiste Erfindungen interessierter Spitzbuben handelte, die mit allen Mitteln der gemeinsten Verhetzung ihr Land in einen Krieg stürzen wollen. Denken wir nur an die Spukgeschichten vom „Fliegenden Holländer“, jenem angeblich deutschen Luftschiffe, das allmächtig Albions Küsten auskundschaftete, oder die Sage von den in London bereit gehaltenen Gewehren, dazu bestimmt,

die in England lebenden deutschen Landwehrmänner zu bewaffnen, so dass eines Tages plötzlich mitten in England, wie aus dem Boden herausgestampft, eine deutsche Armee stehen würde. Solche wahrhaft verrückte Hirngespinnste wagte man in England aufzutischen und sich damit dem Gelächter der ganzen Welt preiszugeben! Aber die Verleumder wissen es wohl, „semper aliquid haeret“, es bleibt doch immer etwas hängen. Man möchte dies denken, sieht man, wie seither auch in den nüchterneren, den parlamentarischen Kreisen gesprochen wird. So hörten wir, anlässlich der „Imperial Press Conference“, zu der sich die Vertreter der Presse aus dem ganzen britischen Weltreich zusammengefunden hatten, den ehemaligen Premier Lord Rosebery über die Weltmachtstellung Englands unter der Beleuchtung der gegenwärtigen Situation in Europa sprechen. Die Rede war darauf berechnet, die Pressvertreter der Kolonien als Sendboten des Imperialismus zu werben. Natürlich spielte die Reichsverteidigung und der Flottenbau eine Hauptrolle. Dass der Lord an dunkeln Farben nicht sparte bei dem Tableau, das er entwarf, entsprach seiner Absicht, dadurch zu wirken. Es herrscht in Europa, meinte er, zurzeit eine Stille, in der man ein Blatt könne zu Boden fallen hören. Diese Stille ist ihm unheimlich, obwohl eigentliche Veranlassungen zu kriegerischen Entwicklungen fehlen. Noch nie in der Weltgeschichte habe es wie jetzt eine solche Periode zunehmender Rüstungen gegeben. Dies Symptom sei höchst bedrohlich. Seit 40 Jahren gelte es als ein Gemeinplatz, wenn man sagt, ganz Europa sei ein bewaffnetes Lager. Seit 40 Jahren sei es Tatsache, dass die Nationen einander bis zu den Zähnen bewaffnet gegenüberstehen. Dies sei zwar bis zu einem gewissen Grade eine Friedensbürgschaft gewesen. Wie stellt sich aber der jetzige Zustand dar? Ohne irgendeinen greifbaren Grund nehmen die Nationen neue Rüstungen vor. Wir leben in einer Epoche, sagt Rosebery, die man nach einem Worte Petrarca als einen „stillen Krieg“ bezeichnen könnte, in einer Epoche, in welcher auch nicht ein Tropfen Blutes im Affekt vergossen wird, in welcher aber der letzte Blutstropfen den Staatskörpern durch die Lanzetten der Staatsmänner entzogen wird. Unzweifelhaft sind in dieser allgemeinen Vorbereitung auf den Krieg Elemente enthalten, welche den Freunden Grossbritanniens und des britischen Reiches besondere Besorgnis einflössen müssen. Ich für meine Person hege zwar volles Vertrauen in die Entschlossenheit und die Macht des Landes, allen berechenbaren Eventualitäten zu begegnen, aber wenn ich sehe, wie allenthalben neue Flotten emporwachsen, wenn ich sehe, wie ein einziges Land von seiner Bevölkerung 500 Millionen Mark Extrasteuern verlangt, um mit diesem Gelde kriegerische Vorbereitungen zu treffen, wenn ich die unerhörten Opfer erwäge, welche zu denselben Zwecken von uns verlangt werden, so steigt in mir ein unbehagliches Gefühl auf bei der Frage, wie alles dies enden soll. Ich frage mich, wann diese Rüstungen ihre Grenze erreichen, ob sie die Wirkung haben werden, Europa auf den Zustand der Barbarei zurückzubringen oder ob sie eine Katastrophe zur Folge haben werden, in welcher alle arbeitenden Klassen der Welt sagen werden, wir wollen nichts mehr wissen von dieser Tollheit, diesem Wahnsinn, der die Völker zu Staub zermalmt.

Um diese Tollheit nicht mitzumachen, schlägt Lord Rosebery aber nicht die Abrüstung vor, sondern die Weiterrüstung. „Wir können und werden Dreadnoughts bauen,“ rief der Lord am Schlusse seiner Rede aus, „solange wir noch einen Schilling dafür haben und Leute zu ihrer Besatzung. Alles das werden

wir tun. Aber ich weiss nicht, ob es genügen wird.“ Und der Redner gibt den Pressvertretern die Botschaft mit in die Kolonien, dass auf jedem Mann und Bürger die Verantwortung für die nationale Verteidigung laste. Sie sollen den Bewohnern der Kolonien erzählen, in welcher kläglichen Lage Europa durch den Militarismus geraten sei und wie schwer der Druck auf England laste, seine und auch der Kolonien Freiheiten zu verteidigen.

Dieser Rede schlossen sich sowohl der erste Lord der Admiralität, Mc Kenna, als auch der Minister des Aeussern, Sir Edward Grey, an. Der Leiter der englischen auswärtigen Politik sagte klipp und klar, er unterschreibe jedes Wort, das Lord Rosebery gesprochen habe. England habe bei weitem zu viel auf dem Spiele stehen, als dass es sich gestatten könne, mit den Flottenausgaben ins Hintertreffen zu geraten, wie gross auch die Lasten sein mögen, die sie auferlegen. Aehnlich sprachen der gewesene konservative Premier Herr Balfour, der Führer der Opposition, und der Kriegsminister des jetzigen liberalen Kabinetts, Herr Haldane. Letzterer kontrasierte, für eine starke Landesverteidigung plädierend, die Ausführungen Balfours, der erklärte, das Schicksal Englands hänge von der Ueberlegenheit seiner Flotte ab, und diese Ueberlegenheit müsse in den heimischen Gewässern zutage treten; denn das Geschick von Australien, Kanada, Südafrika und Indien werde nicht im Stillen Ozean oder im Indischen Ozean entschieden, sondern in den heimischen Gewässern. Wer sich bemühe, den Geist der Zeit zu verstehen, werde den gewichtigen Worten Lord Roseberys und Sir Edward Greys zustimmen und anerkennen, dass man über die Verteidigung des Reichs nicht ohne eine gewisse Note von Aengstlichkeit sprechen könne.

Die Reden der Kabinettsmitglieder, insbesondere die Rede Sir Edward Greys, haben naturgemäss ihren Eindruck in der Presse nicht verfehlt, und es ist von Interesse, das Echo zu vernehmen, das sie weckten. So schreiben z. B. die „Times“: „Ohne Zweifel ist in der Politik etwas wie die Stille vor dem Sturm eingezogen, eine schwüle Stille. Für diesen Sturm müssen wir vorbereitet sein; denn wenn wir die Vorherrschaft zur See behaupten wollen, dürfen wir keine Opfer scheuen.“ Der „Daily Express“ meint: „Die geraden männlichen Reden werden viel mehr zum Frieden beitragen als die Spritztouren von Arbeiterführern in Deutschland, die jetzt zurückkehren und uns versichern werden, dass Deutschland in England verliebt, die Furcht vor Krieg absurd und der Bau von Dreadnoughts Verschwendung ist.“ Der „Daily Telegraph“ lässt sich also vernehmen: „Ich unterschreibe jedes Wort, das Lord Rosebery zu Ihnen gesprochen hat, sagte der Minister des Auswärtigen, was hat nun Lord Rosebery gesagt? Er hat den *tacens bellum* in Europa beschrieben, die unerhörten Vorbereitungen zum Krieg, die nimmer endenden Versicherungen von Friedensliebe, die stillen, aber dennoch so ungeheuren Anstrengungen, die Bedingungen, auf denen Englands maritime Vorherrschaft beruht, zu unterminieren, und zwar das geschieht unter dem Deckmantel der Diplomatie. Es ist ein geräuschloser Kampf. Dennoch ist es der machtvollste Versuch, den die Geschichte kennt, um den Stand der Dinge zur See zu revolutionieren und auf diese Weise die unabhängige Existenz jedes Gemeinwesens unter britischer Flagge nicht nur zu gefährden, sondern schliesslich und unvermeidlich zu zerstören.“ Die „Daily Mail“ erklärt, man hätte gesagt, Lord Rosebery hätte zu grau gemalt, aber jetzt wisse man, dass auch der verantwortliche Minister des Aeussern die Lage für drohend hält, und dass er eine grosse Gefahr in dem

Wettbewerb der Rüstungen sieht. In dieser Sache habe England ein absolut reines Gewissen. Der „Standard“ schreibt ähnlich, Rosebery habe in klaren Worten das Reich gewarnt, weil seine Existenz bedroht ist, und der Minister des Auswärtigen hat diese Warnung unterstrichen. Dann fährt das Blatt fort: „Die Gefahr findet das Reich schlecht vorbereitet. Anstatt sofort mit einer wesentlichen Verstärkung seiner Verteidigung zu beginnen, hat man hastig eine Reichsverteidigungskommission berufen, während doch die Lösung der uns direkt bedrängenden Frage so einfach ist. Es ist eine Frage von Schiffen, Geld und Bemannung. Wir brauchen nur eine Anleihe von fünfzig oder hundert Millionen aufzunehmen, um diese Rivalität auf Jahre hinaus zu schlagen. Aber damit ist die Frage nicht auf immer gelöst. England kann nicht auf die Dauer diese kostspielige Doppelrüstung aushalten. Das ganze Reich muss sich daran beteiligen.“

Diesen Misstrauen der Nationen entgegenzutreten, werden fortwährend Besuche von Berufsvertretern der englischen und der deutschen Nationen gewechselt. Kaum sind die Berliner Stadtväter von ihrem Londoner Besuch zurückgekehrt, so haben sich eine Anzahl englischer Geistlicher in Berlin eingefunden, und ihnen sind die englischen Arbeiterdelegierten gefolgt, die eine Tour durch Deutschland gemacht und nun auch Berlin zu einem dreitägigen Aufenthalt besucht haben. Es waren unter diesen englischen Gästen 21 Mitglieder der Arbeiterpartei des englischen Unterhauses, ferner eine Anzahl Leiter von Arbeiterassoziationen und etwa 30 Damen. Die Bedeutung dieses Besuches, die sowohl auf rein politischem wie auf sozialpolitischem Gebiete liegt, kam in der Aufnahme zum Ausdruck, die man den englischen Gästen hier bereitete. Schon bei ihrer Ankunft am Bahnhof empfing sie der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für soziale Reform, Geheimrat Dr. Flügge. Bei dem feierlichen Empfang im Gewerkschaftshause, wo eine Volksversammlung veranstaltet worden war, wurde von den Vertretern der Berliner Stadtverordnetenversammlung und den Gästen in gleicher Weise auf die gemeinsamen grossen Kulturaufgaben hingewiesen, die Deutschland und England in Frieden und Eintracht zu erfüllen hätten. Darauf folgte am nächsten Tag die Begrüssung im Reichstag, bei der der Staatssekretär des Innern, v. Bethmann-Hollweg, die Gäste im Namen der deutschen Regierung und der Vizepräsident des Reichstags, Kämpf, im Namen der deutschen Volksvertretung willkommen hiess. Der frühere Führer der Labour Party und Herausgeber der „Socialistic Library“, Parlamentsmitglied Macdonald, antwortete mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Wir sind nur ein kleiner Teil des britischen Parlaments, aber wir kommen mit den aufrichtigsten Gefühlen der Freundschaft zu Ihnen! Unsere erste Aufgabe war, die sozialen Einrichtungen in unserem Lande auszubauen. Als das geschehen war, gingen wir daran, die Beziehungen zu andern Ländern zu pflegen. In dieser Mission befinden wir uns heute bei Ihnen. Kein englischer Arbeiter will Feindschaft mit Deutschland, überhaupt niemand in England will einen Krieg. Wir englischen Arbeiter empfinden Scham, wenn in gewissen Hetzblättern Zwietracht gesät wird.“ Der Redner gab seiner Verurteilung der Hetzpresse dadurch drastischen Ausdruck, dass er ein als Probe verlesenes Zeitungsblatt vor der Versammlung zerriss und zur Erde warf. „Wir wollen,“ so schloss Macdonald unter stürmischem Beifall, „voneinander lernen und sind zu Ihnen gekommen als Boten des Friedens!“

Aehnliche Friedenstöne wurden laut beim Ab-

schiedsmahl im Aschingerpalast „Rheingold“, bei dem Staatssekretär Dernburg die Bedeutung der heute üblichen Besuchsreisen, Kongresse, Versammlungen und Meetings betonte. „Wir sollen,“ so meinte Dernburg, der eben das kritiklose Zeitungslesen verurteilt hatte, „mehr aus eigener Anschauung kennen lernen und vor allem die Leute aufsuchen, die die Einrichtungen in den fremden Ländern, die wir besuchen, geschaffen haben. Wir sollten den andern Völkern mehr in die Augen schauen.“ Dass Deutsche und Engländer sehr gut miteinander arbeiten können, meinte der Staatssekretär der Kolonien, habe er in Südafrika aus eigener Anschauung kennen gelernt, wo die beiden Nationen unter anderem gemeinsam den Kampf gegen die Heuschreckenplage unternommen hätten. „Aber es gibt eine Menge Heuschrecken auch in Deutschland und England,“ fuhr Dernburg fort, „die das gute Einvernehmen zwischen den beiden Nationen zerstören wollen — die gilt es jetzt zu bekämpfen.“ Auch Oberbürgermeister Kirchner, der der freundlichen Aufnahme der Berliner Stadtbehörden in London gedachte, richtete an die englischen Gäste herzliche Worte, während Staatsminister v. Berlepsch ihnen den Abschiedsgruss widmete.

Interessant sind die Kommentare, welche die englische Chauvinistenpresse an den Berliner Besuch der englischen Arbeitervertreter knüpft. In der Verurteilung dieser „unpatriotischen“ Engländer, die, anstatt die deutschen Einrichtungen auf sozialpolitischem Gebiete zu studieren, „vaterlandsfeindliche“ Reden hielten, geht wohl der „Standard“ am weitesten, indem er zugleich an die Ehrungen, die man den englischen Gästen darbrachte, ebenso törichte wie infame Verdächtigungen knüpft. Er fragt: „Was würde man in Deutschland sagen, wenn die englische Regierung Herrn Bebel oder andern Sozialistenführern, die London besuchen und dort die deutsche Flottenpolitik verurteilen, solche Ehrungen erwiese, wie sie die Staatssekretäre Bethmann und Dernburg den englischen Besuchern erwiesen haben? Diese Ehrungen waren lediglich eine Falle, die den Besuchern gelegt wurde, um sie für Deutschland günstig zu stimmen und den Eindruck hervorzurufen, dass England von Deutschland nichts zu befürchten habe. Auf diese Art soll England eingelullt und sollen alle Engländer, die Deutschland besuchen, verlockt werden, als Apostel der Verminderung der englischen Rüstungen tätig zu sein.“

Auch hier wieder ein lächerlicher Verhetzungsversuch, auf den aber, trotz seiner Absurdität, doch gewisse Leute hereinzufallen scheinen.

Dies sind nur einige Proben der Gesinnung, wie sie uns täglich aus den Pressstimmen der verschiedenen Länder entgegentritt. Eines muss jedem Unbefangenen einleuchten, dieses Rüstungsfieber hat Europa längst ad absurdum geführt. Allüberall sehen wir die gleiche Finanznot, überall wird gespart und über die schweren Zeiten geklagt, aber während man mit der einen Hand bettelnd dem Volke das Brot wegnimmt, wirft man mit der andern das Gold millionenweise in den gefrässigen und unersättlichen Rachen des Militärmolochs.¹⁾ Unsere Nationen stellen wahre Zerrbilder jeder Oekonomie dar. Auch die Schweiz muss wieder eine 50 Millionen-Anleihe aufnehmen, die annähernd zur Hälfte Rüstungszwecken dient.

Wir gewinnen den Eindruck, dass die Anstrengungen der Besonnenen, die dem Misstrauen und der Verhetzung entgegenarbeiten und die damit der Rüstungsvermehrung und der in ihr liegenden Gefahr

¹⁾ Man vergleiche den Artikel in der heutigen Nummer: „Vom Militärmoloch“.

einer Katastrophe entgegenarbeiten, einem Tropfen gleichen, der auf einen heissen Stein fällt. Indem wir das frei bekennen, fügen wir mit erhobener Stimme hinzu, dass uns diese Erkenntnis nimmer ein Anlass zur Entmutigung, sondern vielmehr ein solcher zu unablässiger Ausdauer sein wird. Des endlichen Erfolges sind wir ja sicher und sollte der Phönix des dauernden Weltfriedens auch erst der Asche eines Weltbrandes entsteigen. G.-C.

—o—

Das Urteil des Haager Schiedsgerichts in der Casablanca-Affäre.

Das Urteil des Haager Schiedsgerichtes in der Casablanca-Affäre wurde am 22. Mai bekannt gegeben. Das Schiedsgericht kommt zu folgendem Urteil:

„Mit Unrecht und durch einen offenkundigen schweren Fehler versuchte der Sekretär des deutschen Konsulates in Casablanca nichtdeutsche Deserteure der französischen Fremdenlegion auf einen deutschen Dampfer einzuschiffen. Der deutsche Konsul und die andern Beamten des Konsulates sind für dieses Vorgehen nicht verantwortlich. Immerhin beging der deutsche Konsul, indem er den ihm unterbreiteten Geleitbrief unterzeichnete, einen nicht beabsichtigten Fehler. Im vorliegenden Falle hatte nämlich der deutsche Konsul nicht das Recht, den deutschen Deserteuren seinen Schutz angedeihen zu lassen. Jedoch kann der diesbezügliche vorliegende Rechtsirrtum den Beamten des Konsulates nicht als Fehler angerechnet werden, weder als ein beabsichtigter noch als ein nicht beabsichtigter.

„Mit Unrecht hat die französische Militärbehörde den Schutz des deutschen Konsulates, unter dem die betreffenden Deserteure sich faktisch befanden, nicht soweit als möglich respektiert. Sogar ganz abgesehen von dieser Pflicht, den Konsulatsschutz zu respektieren, berechtigten die Umstände das französische Militär weder zu der Drohung mit dem Revolver noch zu der Fortsetzung der Rauferei mit den marokkanischen Konsularsoldaten.“

Den andern Forderungen, welche die beiden Parteien in ihren Schlussanträgen stellen, wird nicht Folge gegeben.

Wir haben berechtigten Grund uns zu freuen, erstens darüber, dass das Schiedsgericht in dieser Angelegenheit angerufen wurde, zweitens darüber, dass es so prompt funktioniert hat, und drittens, dass das Urteil von den beteiligten Nationen mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt u. a.: „Für die praktische Politik ist mit dem Schiedsgerichtsspruch ein sehr unliebsamer Zwischenfall in einer würdigen, für die internationalen Beziehungen durchaus befriedigenden Weise gelöst worden.“ Und die „Petite République“ äussert sich folgendermassen: „Auf alle Fälle ist jedermann froh, dass Rechtsgelehrte imstande waren, ohne Schwierigkeiten einen Streit beizulegen, der früher nur mit Patronen hätte erledigt werden können.“

Möchten daraus recht bald die Konsequenzen gezogen werden, so dass die überflüssigen Patronen endlich begraben werden!

—o—

Vom Militärmoloch.

Die Kosten des Militarismus sind ganz unglaublich grosse. Welche Summen hat nicht Frankreich, abgesehen von den als Kriegsentschädigung an die Deutschen bezahlten Milliarden, in den letzten 30 Jahren

für Armee und Marine ausgegeben! Diese belaufen sich auf viele Dutzende von Milliarden, und noch ist kein Ende dieser Ausgaben zu erblicken. Um mit den andern Mächten, besonders England, das ganz wahnwitzige Anstrengungen zur Vermehrung seiner Marine, aber auch des Landheeres, macht, einigermaßen Schritt halten zu können, muss es auch seine Flotte in erheblichem Masse vermehren. Dem „Temps“ zufolge hat der Obermarinerat seinen frühern Beschluss aufrechterhalten und die Zahl der Linienkriegsschiffe-Einheiten auf 45 Panzerschiffe festgesetzt. Die Dienstdauer eines Panzers soll 20 Jahre betragen. Von den jetzigen Panzern, die 1919 in die Linie einrücken sollen, gehören 6 zum Typ der „République“, 6 zum Typ „Danton“ und 4 Panzerkreuzer zum Typ „Gambetta“. Für die noch zu bauenden Panzerschiffe werden 3 Milliarden verlangt, zu verteilen auf 10 Jahre. Davon käme in Abzug die bisherige jährliche Ausgabe für Schiffsbauten, 120 Millionen.

Unter 30 Millionen Franken ist auch ein kleineres modernes Panzerschiff nicht mehr herzustellen, was man sehr wohl begreift, wenn man ein solches besucht, wie es mir im vergangenen Monat Mai in Toulon ermöglicht wurde. Alles daran setzt den Laien in Staunen. Welch Wunderwerk der modernen Technik ist nicht eine solch schwimmende Festung mit ihren unzähligen Einrichtungen von grösster Zweckmässigkeit! Welche Unmenge von Tod und Verderben speienden Geschützen von den grössten bis zu den kleinsten Kalibern mit automatischer, geräuschlos durch Elektrizität betriebener Geschossszufuhr gibt es nicht da!

Ein solches Marinegeschütz kostet allein schon ein beträchtliches Vermögen. Ja, ein einziger scharfer Schuss daraus kostet reichlich so viel, dass eine mit grosser Kinderschar gesegnete Familie mit zwei Dienstboten herrlich und in Freuden ein ganzes Jahr lang davon leben könnte. So sind die Kosten eines Schusses mit dem neuesten von Krupp hergestellten Geschütz auf 6800 Mark berechnet worden, wovon 2600 Mark auf das Geschoss selbst, 760 Mark auf die Pulverladung von 465 Kilogramm und 3440 Mark auf die Abnutzung des Geschützes kommen. Die Herstellung eines solchen Geschützes kommt einschliesslich der nicht unbeträchtlichen Montagekosten auf 326,600 Mark zu stehen. Mit dem 93. Schuss wird das Geschütz unbrauchbar und muss durch ein neues ersetzt werden. Schon aus solchen Zahlen kann man sich einen Begriff davon machen, was den Staat die notwendige Kriegsbereitschaft kostet! Denn noch viel mehr als die Marine, die für die Mächte des Kontinents von nebensächlicher Bedeutung sind, kostet das Landheer mit allen Einrichtungen, die zu seinem Unterhalte nötig sind, kosten die in grosser Zahl erstellten gewaltigen Festungen, die Erstellung und der Unterhalt der meist sehr schlecht rentierenden strategischen Bahnen usw., ganz abgesehen davon, dass die Blüte des Volkes in den leistungsfähigsten Jahren der produktiven, nutzbringenden Arbeit entzogen und zum Schmarotzer am übrigen, arbeitenden Volke gemacht wird. Viele Tausende von Milliarden Franken und, was noch wichtiger ist, ungezählte Millionen seiner kräftigsten und leistungsfähigsten jungen Männer haben die Kulturstaaten Europas allein im vergangenen Jahrhundert dem nimmersatten Kriegsmoloch geopfert. Hat doch der als genialer Uebermensch mehr als je bewunderte, ja teilweise geradezu vergötterte Korse Napoleon I. allein mehr als sieben Millionen Männer seinem kalt berechnenden, gewissenlosen Ehrgeize geopfert! Was für eine Unsumme von Trauer und Elend umfasst nicht diese eine, mit aller Sicherheit festgestellte Tatsache! Und solche unbarmherzige Massenmörder werden noch